Mittwoch, 6. Juli 1921. **Einzelnummer 3 Mark.** 60. Jahrgang. Nr. 103.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis vom 1. Juli 1921 an monatlich M.
in der Geschäftsstelle 50.—
in den Ausgabestellen 52.50
durch Zeitungsboten 55.—
durch die Post . . . 55.—

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

# Posener Tageblatt

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 8.— M
über 10 Zeilen 10.— M
im Reklameteil 30.— M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M
im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

## Aus Oberschlesien.

### Vorläufige Verwaltung des Gebietes.

**Beuthen, 5. Juli.** (PAT.) Zwischen den Delegierten der Aufstandsbehörden und den Vertretern der interalliierten Kommission fanden am 2. Juli Verhandlungen über die Verwaltung des Landes während der Übergangszeit statt, das heißt bis zu dem Augenblick, wo sich die oberschlesische Angelegenheit entscheiden wird; dann wurde über die sogen. Einwohnerwehr an Stelle der früheren Abstimmungspolizei beraten. Man erfuhr, daß die Vorschriften über die Bildung einer neuen Polizei, so wie sie aus der Verordnung des Koalitionskontrolleurs des Strehlitzer Kreises sprechen, sich auf die Basis der früheren Verordnung des italienischen Kommissars de Marini stützen, die die Teilnehmer am Aufstande von der Polizei ausschloß. Polnischerseits wurde auf die üblen Folgen aufmerksam gemacht, die diese Verordnung hervorrufen kann, wenn die bezüglichen Vorschriften auch gegenwärtig angewendet werden sollten. Die polnischen Vertreter sagten, daß es nach ihrer Meinung in Oberschlesien keine sogenannten politisch kompromittierten Personen weder deutscher- noch polnischerseits gebe. Infolgedessen würde die Ausschließung von Aufständischen von der neuen Polizei neue Konflikte zwischen der polnischen Bevölkerung und dieser neuen Polizei hervorrufen, zu der in Übereinstimmung mit den Vorschriften nur die Deutschen, die nur scheinweise an den letzten Vorfällen nicht beteiligt waren, gehören. Andererseits wurde auf das Unpraktische dieser Vorschriften hingewiesen. Diese Vorschriften sehen vor, daß Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern 5 Polizisten und Gemeinden von 500 bis 1000 Einwohnern 10 Polizisten haben müssen. Diese Gemeinden begnügten sich bisher mit einem Wächter. Diese neuen Vorschriften würden nur unnötige Verwaltungskosten hervorrufen. Weiter wurde polnischerseits gesagt, daß, wo diese Polizei verstärkt wird, sie sich paritätisch aus Polen und Deutschen zusammensetzt. Die Delegierten der interalliierten Kommission versprachen, diese Angelegenheit dem Koalitionskommissar in Oppeln vorzulegen.

Die Polen wiesen auch auf die Tatsache hin, daß die Mehrzahl der Koalitionstruppen sich im Industriebezirk konzentriert, wodurch die westlichen Bezirke von Truppen entblößt und die polnische Bevölkerung der deutschen Gewalttätigkeit ausgesetzt ist.

### Der polnische Eisenbahnerrat.

**Beuthen, 5. Juli.** (PAT.) Der polnische Eisenbahnerrat sandte am Sonntag ein Telegramm folgenden Inhalts ab: Auf Grund des Abkommens mit der interalliierten Kommission, sollen alle Eisenbahner auf ihren bisherigen Posten bleiben, die interalliierte Kommission garantiert dagegen jedem Eisenbahner persönliche Sicherheit und Schutz des Eigentums. Eisenbahner, die Gefahr für ihr Leben fürchten, sollen sich an ihren früheren Tätigkeitsort begeben und sich bei der interalliierten Kommission zum Dienst melden. Nur in diesem Fall haben sie das Anrecht auf Pension oder Verdienst. Beschwerden über Entlassung und Schikanieren der Eisenbahner müssen an die Eisenbahnabteilung beim Liquidationsausschuß gerichtet werden.

### Aufruf der interalliierten Kommission.

**Beuthen, 5. Juli.** (PAT.) Der interalliierte Abstimmungsausschuß für Oberschlesien erläßt nachstehenden Aufruf:

„An die Bewohner Oberschlesiens! Die interalliierte Verwaltungskommission gibt den Einwohnern Oberschlesiens zur Kenntnis, daß die dem Befehl der Kommission unterstellten polnischen Aufständischen und nichtregulären deutschen Formationen sich aus ihren Stellungen zurückziehen und am 5. Juli aufgelöst werden. Die Verwaltung Oberschlesiens übernimmt dann wieder die interallierte Kommission, und alle unrechtmäßig gebildeten Organisationen werden keine Autorität und keine Macht besitzen. Die interalliierte Kommission, von der Unterstellung sehr befriedigt, beschloß einen Amnestieerlaß 1. für Ausbeutung, 2. für persönliche Rache, 3. für Grausamkeiten."

Unter die Amnestie fallen nicht die Personen, welche bis zu einem bekanntzugebenden Tage noch in unrechtmäßigem Besitz von Schußwaffen und Explosionsmaterial sind. Die interallierte Kommission fordert alle Bewohner auf, daß sie ruhig und voller Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit der alliierten Mächte die auf Grund des Versailler Vertrages fallende Entscheidung abwarten sollen.

Der Aufruf ist ein neues Armutszeugnis für die interalliierte Kommission. Warum hat die hohe Kommission sich die Verwaltung des Abstimmungsgebietes, das sie zu treuen Händen von der deutschen Regierung übernommen hat, nehmen lassen, und zwar, wie sie so schön sagt, von „**unrechtmäßig gebildeten Organisationen**"? Daß die schwer heimgesuchte Bevölkerung des Abstimmungsgebietes den Erlaß der Amnestie für alle Verbrechen, die während der Schreckenszeit im Industriegebiet verübt wurden, als eine Ungerechtigkeit empfindet, läßt sich verstehen. Denn diese allgemeine Amnestie ist und bleibt ungerechtfertigt. Jedes Verbrechen an Gut und Leben des Menschen fordert Sühne; sonst ist zu befürchten, daß die Aufständischen ihre Angriffe erneuern, da sie es unter den Augen der interalliierten Kommission straflos tun können.

### Die Grenzfestsetzung bereits erfolgt?

Aus Paris erfährt die Frankfurter Oder-Zeitung, daß die Interallierte Kommission ihren Bericht über die Grenzfestsetzung von Oberschlesien bereits fertiggestellt hat. Die Fertigstellung des Berichts ist mit Hilfe von Sachverständigen erfolgt und dürfte in den nächsten Tagen beim Obersten Rat in Paris eintreffen. Die Entscheidung liegt beim Obersten Rat und soll auf Grund dieses Berichts erfolgen.

## Englisch-amerikanisch-japanischer Vertrag?

Der Korrespondent der „Chicago Tribune" meldet aus London, daß die Reichskonferenz beschlossen habe, die Vereinigten Staaten einzuladen, als drittes Glied in die japanisch-englische Allianz einzutreten. Man beabsichtigt, mit der amerikanischen Regierung die entsprechenden Verhandlungen aufzunehmen. Dieser Beschluß [illegible] auf die Initiative des südafrikanischen Premierministers Smuts und des kanadischen Premierministers zurückzuführen.

## Die Arbeit der Bolschewisten.

**Paris, 5. Juli.** (PAT.) Das Kommissariat der ausländischen Sowjetpropaganda veröffentlicht einen Bericht mit der Erklärung, daß die Propaganda in Europa und Amerika nicht gelungen sei und fordert, daß die Bemühungen sich vor allem nach Asien, besonders nach Kleinasien, Turkestan, Afghanistan, China und dem fernen Osten richten. Das wäre ein direktes Mittel gegen die westlichen Großmächte, welche in diesen Ländern so viele wichtige Interessen haben. Auf diese Weise wäre es möglich, sie zur Anknüpfung von Beziehungen mit den Sowjets zu zwingen.

## Die Wilnaer Frage.

**Genf, 5. Juli.** (PAT.) Der Völkerbundsrat faßte am 28. Juni folgende Entschließung in der Wilnaer Frage: Der Rat bestätigt einstimmig den einleitenden durch Hymans vorgelegten Kompromißentwurf. Der Rat erkennt an, daß der einleitende Entwurf zu einer definitiven Einigung zwischen Polen und Litauen führen kann. Nachdem beide Delegationen erklärt haben, daß sie den Entwurf Hymans als Grundlage anerkennen, hat der Rat folgende Direktiven erlassen:

1. Die in Brüssel angefangenen direkten Verhandlungen werden am 15. d. Mts. wieder aufgenommen und als Basis den Hymansschen Entwurf haben. Um den einzelnen ethnographischen Gruppen der interessierten Bevölkerung die Garantie zu geben, daß ihre Wünsche und Forderungen in Betracht gezogen werden, sollen einer bzw. zwei Vertreter jeder Gruppe Informationen erteilen. Die von den Regierungen unterzeichnete Verständigung wird den Parlamenten beider Staaten und dann dem Wilnaer Sejm vorgelegt werden, dessen Bildung in folgendem Entwurf vorgesehen ist.

2. Vor dem 1. September d. Js. müssen a) alle, die der Armee Zeligowskis angehören und nicht aus dem strittigen Gebiet stammen, vom 15. d. Mts. ab allmählich das Gebiet räumen; b) zur Sicherung der Ordnung wird vorläufig eine Bürgerwehr unter Führung der militärischen Kontrollkommission gebildet werden, die 5000 Mitglieder nicht übersteigen darf, von denen 600 beritten sind; c) alle nicht aus dem strittigen Gebiet stammenden Beamten müssen gleichfalls ab 15. d. Mts. das Gebiet verlassen.

3. Vor dem 1. September d. Js. muß das litauische Militär auf den Friedensstand gebracht werden.

4. Der Rat fordert beide Staaten zur unverzüglichen Einführung der konsularischen Beziehungen und des freien Verkehrs zwischen dem Wilnaer Gebiet und den Nachbarstaaten auf.

5. Beide Regierungen sichern der Kontrollkommission alle Erleichterungen zwecks Kontrolle der Verordnungen und der Organisation der Bürgerwehr, im strittigen Gebiet wie auch in den Nachbarstaaten zu.

Nach Annahme obiger Resolution erklärte der polnische Delegierte Ajzkenazy, daß er sich unverzüglich an seine Regierung wenden werde und in Kürze eine Antwort mitteilen zu können hoffe. In jedem Fall erscheine ihm eine Beschränkung der Bürgerwehr nicht genügend begründet. Dasselbe könne man auch von dem in Aussicht genommenen Datum des 1. September sagen. Er denke, daß die beabsichtigte Beseitigung des Militärs in dem Augenblick beendet werden könnte, in dem das Präliminarabkommen zwischen beiden Parteien unterzeichnet werde.

## Grenzabkommen zwischen Polen und Deutschland.

**Danzig, 4. Juli.** (PAT.) Die „Danziger Zeitung" meldet aus Berlin, daß das Abkommen über den Grenzverkehr zwischen Polen und Deutschland am 2. Juli unterzeichnet wurde.

## Polen und Rumänien.

**Warschau, 5. Juli.** Der rumänische Minister Take Jonescu erklärte nach seiner Rückkehr aus Belgrad, daß seine auswärtige Politik nicht gegen Polen gerichtet ist, sondern daß er danach strebt, Polen zum Beitritt in den Verband der mitteleuropäischen Staaten zu bewegen.

Zur oberschlesischen Frage sprach Take Jonescu die Hoffnung aus, daß die Grenzen im Sinne der dortigen Bevölkerung festgesetzt werden. Ein starkes Polen ist für den Frieden Europas unentbehrlich. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England beunruhigen Take Jonescu nicht.

## Jugoslawiens Ultimatum an Wien.

**Danzig, 5. Juli.** (PAT.) Die „Danziger Zeitung" berichtet nach dem Belgrader Blatte „Balkan", daß die jugoslowakische Regierung infolge des Attentats auf den serbischen Thronfolger nach Wien ein Ultimatum senden wird, in dem sie darauf hinweist, daß die Person, die das Attentat ausführte, im Auftrage der russischen Sowjet-Organisation in Wien gehandelt hat. Die jugoslowakische Regierung fordert die Ausweisung der bolschewistischen Elemente und die Garantie einer loyalen Nachbarschaft. Das Blatt sagt weiter, wenn Wien die gestellten Forderungen nicht ausführt, dann wird die jugoslowakische Regierung gemeinsam mit der tschechoslowakischen und rumänischen Regierung sofort Repressalien anwenden.

## Ungarn und Tschechoslowakei.

**Ofenpest, 3. Juli.** (PAT) „Temps" veröffentlicht Informationen aus tschechoslowakischen Quellen, nach denen die ungarische Regierung gegenüber dem Völkerbunde erklärt haben soll, daß die Tschechoslowaken gegen die ungarische Minderheit in der Tschechoslowakei gerecht vorgehen. Zu dieser Meldung sagt das ungarische Korrespondenzbureau, daß nach maßgebenden Informationen die ungarische Regierung niemals eine derartige Erklärung abgegeben habe. Andererseits aber hat die ungarische Regierung nicht die Hoffnung verloren, daß die Tschechoslowakei im eigenen Interesse bei der Behandlung der Volksminderheiten sich auf den Standpunkt vollkommener Gerechtigkeit stellen wird.

## Bonomi oder Orlando?

**Rom, 5. Juli.** (PAT.) Die Zeitungen melden, daß de Nicoli die Bildung eines neuen Kabinetts abgelehnt hat, weil seine Gegner von ihm die Änderung der adriatischen Politik Italiens fordern. Nach Ansicht der Zeitungen wird man Bonomi dieselben Schwierigkeiten machen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß mit der Bildung des Kabinetts, falls Bonomi ablehnt, Orlando betraut wird. „Giornale d'Italia" meldet, daß Bonomi auf scharfe Gegnerschaft bei der Rechten und Linken trifft, weil er in politischer Richtung mit Giolitti geht und in der Auslandspolitik mit Sforza.

### Kabinett Bonomi.

**Rom, 5. Juli.** (PAT.) Es wird amtlich gemeldet, daß Bonomi amtlich die Bildung des Kabinetts übernommen hat.

### Zusammensetzung des Kabinetts.

**Rom, 5. Juli.** (PAT.) Heute noch wird wahrscheinlich die Zusammensetzung des neuen italienischen Kabinetts amtlich bekannt gemacht werden. Bonomi wird wahrscheinlich Innenminister, della Torretta Außenminister.

## Die Wiederaufbau-Verhandlungen.

### Zweifelhafter Verlauf.

**Paris, 5. Juli.** In hiesigen parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Verhandlungen, die mit dem deutschen Reichskommissar Dr. Guggenheimer über die Sachleistungen gepflogen worden sind, wenig günstig verlaufen. Die deutschen Vorschläge waren für die französischen Unterhändler nicht weitgehend genug, so daß sie ihrerseits neue Vorschläge machen mußten, die aber anzunehmen Dr. Guggenheimer keine Vollmacht hatte. Er mußte sich nach Berlin zurückbegeben, um dort die französischen Vorschläge der deutschen Regierung zu unterbreiten. Wie die Dena dazu erfährt, handelt es sich bei dieser Konferenz für beide Teile um ganz unverbindliche Besprechungen, die sich voraussichtlich sehr langwierig gestalten dürften.

Havas meldet am Freitag zu den deutsch-französischen Besprechungen in Paris: Die Erörterungen mit den Deutschen nehmen einen zufriedenstellenden (!) Fortgang. Voraussichtlich werden die Konferenzen bis Mitte Juli dauern, da die Deutschen den Wunsch geäußert haben, den ganzen Komplex der mit der Wiedergutmachung zusammenhängenden Fragen zu einer gegenseitigen Verständigung zu bringen.

## Sanktionen.

### Eine starke Ententemehrheit für Aufhebung der Sanktionen.

**London, 5. Juli.** Die englische Regierung ließ durch ihren Botschafter in Berlin erklären, die Beschlüsse des am 15. Juli zusammentretenden Obersten Rates würden nach der bisherigen Gepflogenheit durch Mehrheitsentscheidung herbeigeführt werden. Vor Zusammentritt des Obersten Rates könne von einer Aufhebung der Sanktionen keine Rede sein, aber es sei anzunehmen, daß sich eine starke Mehrheit dafür aussprechen werde.

### England für Aufhebung der Sanktionen.

**Rotterdam, 5. Juli.** Reuter meldet: Das englische Kabinett hat zum 20. Juli den offiziellen Antrag bei den alliierten Mächten gestellt, die Rheinlandsanktionen bis auf Widerruf zu suspendieren.

### Auch in Frankreich Stimmung für eine Aufhebung.

Es hat den Anschein, als ob die französische Regierung die Öffentlichkeit vorbereiten wolle, daß die Sanktionen nunmehr ihre Daseinsberechtigung verloren haben und daß sie aufgegeben werden müßten. Das heutige „Journal" sagt zur eventuellen Aufhebung der Sanktionen: Im Ministerium für die befreiten Gebiete habe man diese Angelegenheit zwar nicht zur Sprache gebracht, aber man müsse sich doch fragen, ob die Sanktionen nunmehr noch zu Recht bestehen könnten. Erst vorgestern hat General Nollet in Paris erklärt, die Abrüstung sei in Deutschland durchgeführt. Jedenfalls sei er seit dem 5. Mai bei den Reichsbehörden dem Wunsche begegnet, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Ein endgültiger Bericht darüber wird raschestens in Paris eintreffen. Was die Reparationszahlungen anbetrifft, so wisse man, daß Deutschland auch hierin seinen Verpflichtungen nachkomme. Daher wird, sagt das Blatt, heute niemand mehr für die Aufrechterhaltung der Sanktionen eintreten. Die öffentliche französische Meinung wird allerdings die Aufhebung der Sanktionen nur mit lebhafter Bewegung und großer Unruhe entgegennehmen. Zur Beruhigung wird jedoch die Garantiekommission von der deutschen Regierung als Sicherheit für die Zahlung der Jahresraten die gesamten deutschen Zolleinnahmen fordern, die Rheinzollgrenze werde daher keine Berechtigung mehr haben.

„Petit Parisien" erklärt: Die deutsche Regierung suche ihr Bestes zu tun, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Augenblick sei gekommen, in dem man die Aufhebung der Sanktionen ins Auge fassen müsse. Bezüglich der geforderten Zahlungen habe Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Abzuwarten sei weder billig noch klug. Ferner dürfte man das Reich wirtschaftlich nicht vom Rhein trennen, wenn man von Deutschland die höchsten Anstrengungen für die Reparationszahlungen fordert. Doch müsse Deutschland, um am 31. August zahlen zu können, die Banken auf dem linken Rheinufer ebenso kontrollieren lassen, wie auf dem rechten. Die gegenwärtigen Zollschranken gestatten es jedoch den deutschen Banken, sich dieser Kontrolle zu entziehen. Frankreichs Interessen wie seine Ehrenhaftigkeit gebieten, dieses für die Folge nicht mehr zu Recht bestehende Hindernis aufzuheben.

### „Times" über Polens Politik.

**London, 5. Juli.** „Times" berichten aus Warschau u. a. folgendes: Die öffentliche Meinung Polens ist sich klar darüber, daß Polen einen neuen drohenden Krieg wegen Oberschlesien vermieden hat. Im allgemeinen ist in der polnischen öffentlichen Meinung eine Rückkehr zur Friedensrichtung zu verzeichnen. In den polnisch-tschechischen Beziehungen ist eine bedeutende Verbesserung eingetreten. Seit der Annäherung an Rumänien sucht Polen, die Ratschläge Take Jonescus befolgend, auch die Annäherung an die Tschechoslowakei.

In der Danziger Angelegenheit ist ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen, wobei zu bemerken ist, daß Polen die ihm gebührenden Rechte in der Freistadt erhalten muß, da sich im entgegengesetzten Fall seine Industrie nicht entwickeln kann. Polen, für das der Danziger Hafen unbedingt notwendig ist, wird im Falle des weiteren feindlichen Verhaltens der Freistadt sich einen Hafen in Gdingen einrichten. Amerika schätzt in genügendem Maße die Bedeutung der polnischen Handels- und Seetätigkeit. England scheint das dagegen nicht zu tun.

## Amerika und Deutschland.

### Harding hat den Beschluß für Beendigung des Kriegszustandes unterschrieben.

**Neuyork, 5. Juli.** (PAT.) Präsident Harding unterschrieb den von beiden gesetzgebenden Kammern angenommenen Beschluß über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland und Österreich.

### Zurückziehung der amerikanischen Rheintruppen.

**Washington, 5. Juli.** Die amerikanischen Besatzungstruppen werden, wie die „N. Y. H." meldet, in der nächsten Zeit aus Deutschland vollständig zurückgezogen werden. Der Präsident hat beschlossen, daß die Truppen unmittelbar nach der Unterzeichnung der Friedensresolution nach Hause zurückkehren sollen. Die Resolution wird noch vor dem 4. Juli in Wirksamkeit treten, worauf dann ein Befehl erlassen werden soll, daß sich die Truppen vom Rhein nach Amerika einzuschiffen haben.

# Deutscher Reichstag.

(127. Sitzung.)

## Besprechung der französischen Gewaltpolitik.

Die gestrige Reichstagssitzung brachte die Besprechung der vom Abg. Dr. Stresemann eingebrachten Interpellation über die Sanktionen, die Dr. Zapf-Zweibrücken würdevoll und eindringlich begründete. Die Sanktionen haben im Friedensvertrag keine Begründung, sie stellen sich einfach dar als die eiserne Konsequenz der von Frankreich seit Jahrhunderten betriebenen Rheinpolitik gegen Deutschland. Zustände schlimmster Barbarei, schlimmer schier wie im Sklavenzustande, sind ihr Gefolge. Es klingt herzzerreißend, wenn der Redner aus dem besetzten Gebiet die Anklage an das Weltgewissen hinausschleudert: Nicht einmal an unsere Frauen können wir ungestört schreiben. Wo sind die Stimmen in der Welt, die solcher Kultur- und Menschheitsschande ein Ziel setzen?

Ruhig und sachlich beantwortete der neue Außenminister Dr. Rosen die Interpellation, betonte, daß die Reichsregierung bereits in zwei Dokumenten die Unvereinbarkeit der Sanktionen mit dem Versailler Vertrag dargelegt und gegen das Zollregime am Rhein Verwahrung eingelegt habe. Diese Rechtsgründe sind unanfechtbar. Zudem haben die Sanktionen nach der Annahme des Ultimatums jede Grundlage verloren.

Es war gut und richtig, daß der neue Außenminister klar und rücksichtslos die Politik Frankreichs, die zurzeit Briand verkörpert, bloßstellte.

Die Welt soll wissen, daß ein Sechzigmillionenvolk den Standpunkt Frankreichs als einen Hohn auf Recht und Gerechtigkeit betrachtet. Es war nicht ungeschickt, in diesem Zusammenhang in voller Offenheit die diplomatischen Schritte zu schildern und auf die vom französischen Standpunkt abweichende Haltung eines Teils der Alliierten hinzuweisen. Den ehrlichen Willen Deutschlands konnte der Außenminister dabei ruhig in die Wagschale werfen. Daß er nochmals auf den Wahnwitz der ganzen Ententepolitik hinwies, die wohl Verpflichtungen auferlegt, aber die Mittel und Wege zur Leistung versperrt, und an den gesunden Menschenverstand appellierte, war wirksam neben der starken Betonung des deutschen Standpunktes, zu dessen Geltendmachung er nichts zu unterlassen versprach.

In sympathischen Worten gedachte er zum Schluß der treuen Rheinländer, die durch eine solche Politik der Gewalt nur noch fester mit dem deutschen Vaterlande verknüpft werden.

So hat sich der neue Außenminister gut eingeführt. Manches hätte wohl noch etwas wirkungsvoller sein können. Aber Fassade tut's in diesen Zeiten allein nicht. Sein Ton war klar und würdig. Aber er wird selber kaum nach billigen Vorschußlorbeeren geizen. Wenn er in aufrechter, mannhafter Haltung in richtiger Einschätzung aller Realitäten seinen Weg weitergeht, wird ihm die Unterstützung aller Vaterlandsfreunde nicht fehlen.

# Lloyd Georges Stellung schwankt.

Es mehren sich die Nachrichten, daß Lloyd Georges Politik auf große Schwierigkeiten stößt. Man spricht von der Möglichkeit seines Rücktritts. Recht große Kopfschmerzen macht ihm in letzter Zeit Irland.

Um die Bedeutung des Briefes zu erfassen, den Lloyd George an De Valera geschrieben hat, muß man sich die heutige innerpolitische Lage Englands vor Augen halten. Die irische Frage ist plötzlich wieder in den Mittelpunkt des parteipolitischen Streites getreten und übertrifft an Bedeutung die Arbeiterfragen, deren man sich bis zu den Neuwahlen so gut und schlecht, wie es möglich ist, zu entledigen sucht. Wir sehen auf der einen Seite die versöhnliche Rede des Königs, auf der anderen das Nein des Lordkanzlers, der jede Revision des Home Rule-Gesetzes zurückwies.

Zu gleicher Zeit werden Gerüchte über „Komplotte" gegen Lloyd George verbreitet; der Lordkanzler dementierte die Meldungen des „Manchester Guardian", aber in parlamentarischen Kreisen mißt man der Berichtigung keinen Glauben bei. Der Ministerpräsident nimmt an der „Politik der Überraschungen" insofern aktiven Anteil, da er in seinem Blatte „Daily Chronicle" mitteilen läßt, er werde an einem Bankette der unabhängigen Liberalen teilnehmen. Das Wochenblatt „Weekly Dispatch" gibt hierzu ein treffendes Situationsbild: Der heutige politische Zustand ist unhaltbar; in jedem Punkte ist die Politik der Koalitionsregierung mißlungen, und fast in jedem Punkte herrscht innerhalb des Kabinetts Uneinigkeit, die zur Folge hat, daß entweder der verkehrte Weg eingeschlagen oder auf dem guten Wege verkehrt gehandelt wird.

Die Ersatzwahlen ergaben im Norden Siege der Arbeiterpartei, im Süden Niederlagen der Koalition gegen die Anti-Vergeudungs-Kandidaten. Die Koalition kann auf keinen Wahlsitz mehr fest rechnen. Die Konservativen, die für sich selbst eine Mehrheit haben, organisieren Protestbewegungen. Das Kabinett selbst ist so verteilt, daß die eine Gruppe, Lloyd George, Curzon, durch die andere, in der Birkenhead die Leitung hat, bekämpft wird. Unter solchen Umständen zu regieren, ist ein gewagtes Kunststück. Es gibt nur zwei Wege: entweder Rücktritt des Kabinetts oder Auflösung des Unterhauses.

Tritt das Kabinett zurück, so würden die Unionisten den Auftrag erhalten, die Geschäfte auf die frühere Art fortzusetzen. In Kürze käme eine neue Krisis, und Lloyd George wäre Gelegenheit geboten, nach unterirdischer Arbeit wieder mit einer neuen Kombination zurückzukehren. Wenn dagegen die Arbeitspartei eine Regierung bilden würde, so müßte sehr rasch die Auflösung des Unterhauses erfolgen. Die Arbeiter kämen dann verstärkt ins Parlament.

Zu Beginn der vorigen Woche glaubte man an eine Demission des Kabinett; momentan sieht es aus, als würde man die Auflösung als letzten Ausweg wählen. Dazu ist eine Wahlparole nötig. Nicht der Streit gegen die Arbeiter, sondern Irland soll die Parole liefern. Die irische Republik wird ausgespielt, nachdem das Bolschewistengespenst versagt hat. Verschmäht De Valera den „Ölzweig", dann wird die Hand des ersten Ministers gewaltig gestärkt.

„Weekly Dispatch" ist im unionistischen Fahrwasser, hält aber die Zeit für eine unionistische Regierung noch nicht gekommen. Das Blatt macht sich in seinem Artikel zum Echo der öffentlichen Meinung, die von dem Versöhnungsschritte Lloyd Georges keinen Erfolg erwartet, es sei denn der einer parteipolitischen Propaganda, die gegen eine Losmachung Irlands von England auftreten, also einen rein britischen Charakter erhalten würde. Der Sinnfeinführer weiß zudem, wie die Dinge liegen, und sagte: „Ich erwarte von der englischen Regierung kein Entgegenkommen. Wir Iren haben dafür zu sorgen, daß man uns nicht zum Spielball englischer Parteipolitik macht."

### Baldiger Rücktritt Lloyd Georges in Frankreich erwartet.

**München**, 5. Juli. Den „Straßb. Neusten Nachr." wird aus Paris gemeldet, daß in politischen und Regierungskreisen immer bestimmter mit einem baldigen Rücktritt Lloyd Georges gerechnet wird, den man in Frankreich begrüßen würde. Man erklärt, daß Lloyd George Frankreichs Gegner und Frankreichs neidischester Konkurrent in allen internationalen Angelegenheiten sei.

# England will Helgoland.

**Rotterdam**, 5. Juli. „Daily Expreß" meldet, daß einflußreiche Kreise der englischen Admiralität für eine Rückgewinnung Helgolands durch Verhandlungen mit Deutschland eintreten. Ein Bericht des ersten Lords der Admiralität an die englische Regierung sei bevorstehend.

# Der griechisch-türkische Krieg.

## Ein sehr gefährliches Spiel.

König Konstantin spielt offenbar seine letzten Karten aus. Er hatte alles darauf angelegt, den Griechen die Erwerbung in Kleinasien und Ostthrazien zu sichern, die dem König offenbar vor der Abreise von Luzern zugesagt worden sind. Man kann nicht sagen, daß die Berater des Königs Konstantin mit großer Umsicht verfahren sind. Als der König, vom Jubel des Volkes umbraust, in Athen einzog, da hatte er es in der Hand, die Aussöhnung mit der Türkei auf friedlichem Wege einzuleiten. Offenbar befürchtete jedoch der König, daß ihm von venizelistischer Seite der Vorwurf gemacht werden könnte, die griechischen nationalen Hoffnungen begraben zu haben. So stürzte er sich in das aussichtslose anatolische Abenteuer. Einsichtige griechische Militärs waren schon lange der Auffassung, daß nichts übrig bleibe, als den kleinasiatischen Feldzug möglichst geräuschlos zu liquidieren. Wenn Griechenland heute gegen den Rat der Westmächte den Krieg gegen Mustafa Kemal fortsetzen will, so mutet das wie ein Schritt der Verzweiflung an. Holt sich König Konstantin, der ja auch einst als Diadoche im türkisch-griechischen Kriege als Befehlshaber kein Glück gehabt hat, in Kleinasien weitere Mißerfolge, so wäre seine Stellung in Athen erschüttert. Venizelos hätte dann die schönste Gelegenheit, als Retter in der Not aufzutreten und Rache an Konstantin und den Männern zu nehmen, die Venizelos und seinen Anhang aus Athen vertrieben haben. Eine Einigung mit der Türkei könnte diese Gefahr freilich noch in letzter Stunde bannen.

Trotz aller Ableugnungen von amtlicher englischer Seite sind englische Seestreitkräfte zusammen mit den griechischen in den türkischen Küstengewässern tätig und haben anscheinend bei der Beschießung Ismids mitgewirkt. Englische höhere Offiziere sollen sich angeblich nur zu informatorischen Zwecken bei der hellenischen Armee in Kleinasien befinden. Gerade im gegenwärtigen Augenblick übergibt England den Hellenen ferner die wichtige Insel Tenedos vor den Dardanellen. Diese Anteilnahme an den griechischen Operationen ist sehr bedenklich. Der „Temps" wies auf eine Kundgebung indischer Mohammedaner hin, die unzweideutig erklärten, ein Eingreifen der Engländer auf seiten der Griechen würde die Mosleme in Indien zu den schärfsten Maßnahmen treiben.

### Die Türken gehen weiter vor.

**Angora**, 5. Juli. (PAT.) Der Kriegsbericht der Kemalisten sagt, daß die Türken weiter vorgehen.

### Griechische Gegenoffensive.

**Paris**, 5. Juli. Die griechische Gegenoffensive hat begonnen. Die türkischen Erfolge, die sie in den ersten Angriffen erzielten, scheinen jetzt auf drei Punkte lokalisiert worden zu sein, Ismid, Brussa und Uschak, wo einige griechische Divisionen schwere Verluste erlitten hatten. Es wird behauptet, daß der Erfolg bei Ismid den Türken die Besetzung der Eisenbahn gestattete, die nach Skutari führt, und daß ihnen daher der Weg nach Konstantinopel offen steht. Die alliierte Besatzung in Konstantinopel gilt für unzureichend, doch kann, falls sich die angedeuteten Angriffe der Griechen bewahrheiten sollten, die ganze Lage bald eine Änderung erfahren.

Der „Corriere della Sera" meldet aus Konstantinopel: Die englischen Kriegsschiffe haben Truppen gelandet. Im Hafen von Konstantinopel sind 41 Kriegsschiffe der Alliierten konzentriert.

Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel sind die kemalistischen Truppen auf der Linie Derindje—Sintirli angelangt, die von den alliierten Mächten als Grundlinie der neutralen Zone festgesetzt wurde.

# Finnlands Wirtschaftspolitik.

**Danzig**, 5. Juli. (PAT.) Die vor drei Monaten begonnenen Verhandlungen über den Abschluß eines finnisch-estnischen Handelsabkommens wurden wieder von neuem aufgenommen. Die Ursache der Unterbrechung war der Wunsch Finnlands, vorher die finnisch-russischen Handelsbeziehungen zu regeln. In nächster Zeit wird der Abschluß eines finnisch-französischen Handelsabkommens erwartet. Die französische Regierung versprach Zollerleichterungen bei der Einfuhr finnischer Produkte, wie Holz, Cellulose und Papier. Als Gegenleistung verlangt die französische Regierung die Einwilligung der finnischen Regierung zur Einfuhr französischer Luxusartikel.

# Aus den Sejmausschüssen.

**Warschau**, 1. Juli. (PAT.) Unter dem Vorsitz des Marschalls Trampczynski fand ein Seniorenkonvent statt, der die Frage der Behandlung des für die heutige Plenumsitzung angesagten Exposés des Finanzministers Steczkowski prüfte. Es wurde eine Diskussion für angezeigt gehalten, die zweifellos zur Beruhigung des Landes beitragen wird, dagegen soll heute der Gesetzentwurf, der der Regierung Vollmacht zum Erlaß von Verordnungen zwecks Regelung des ausländischen Geldverkehrs geben soll, nicht erledigt werden, sondern die normale erste Lesung dieses Entwurfes und seine Überweisung an den Haushaltsausschuß sowie die Prüfung des Antrages der Abgeordneten des Nat. Volksverbandes stattfinden.

Der Finanz- und Haushaltsausschuß wird dieses Material Sonnabend oder Montag oder Dienstag prüfen, dagegen wird die Plenarsitzung der Kammer zur Erledigung des Regierungsentwurfes und des Antrages am Donnerstag bzw. Freitag kommender Woche stattfinden. Der Ausschuß hörte unter dem Vorsitz des Abg. Diamand die Erklärung des Unterstaatssekretärs Rybarski, daß die Regierung den Gesetzentwurf über die einmalige Abgabe noch nicht vorlegen kann. Die Regierung wollte anfänglich Vollmacht in dieser Frage fordern. Nachdem sich aber die Regierung überzeugt hatte, daß der Sejm dazu nicht geneigt war, entwarf sie einen neuen Gesetzentwurf. Die Ausschußmitglieder haben die Dringlichkeit dieser Angelegenheit anerkannt und beschlossen, sich durch Vermittelung des Sejmmarschalls an den Seniorenkonvent zu wenden, daß sich dieser in kürzester Zeit mit der Erledigung dieser Angelegenheit befassen solle.

**Warschau**, 2. Juli. (PAT.) Die Verwaltungs-, Finanz- und Haushaltsunterausschüsse haben in gemeinsamer Sitzung die dritte Lesung des Pensions-Gesetzentwurfs für Militärangestellte angenommen.

Der Finanz- und Haushaltsausschuß hielt in Anwesenheit des Ministers Steczkowski eine Diskussion ab über den Gesetzentwurf, der die Erteilung der Vollmacht an die Regierung zum Erlaß von Verordnungen wegen Regelung des Geldverkehrs mit dem Auslande und des Umsatzes fremder Valuten festsetzt. Es wurden einige grundsätzliche Momente des polnischen Valutaproblems berührt, so daß man diese Diskussion als Einleitung zur Aussprache des Nationalen Volksverbandes über die Sanierung der finanziellen Verhältnisse ansehen kann.

# Republik Polen.

† **Das Programm des Nationalen Volksverbandes.** Die Zusammenkunft des Nationalen Volksverbandes in Tschenstochau faßte eine Entschließung, deren einzelne Punkte folgende sind: 1. Einführung des freien Handels; 2. Unterstützung der polnischen Auswanderung aus Amerika; 3. Herabsetzung der zu großen Beamtenzahl; 4. Einführung einer genauen Sejmkontrolle über alle Staatsausgaben; 5. Erhöhung der Einkünfte auf die Ziffern der Vorkriegszeit; 6. Einführung der Agrarreform und Kolonisierung der östlichen Wojewodschaften; 7. Unterstützung des polnisch-christlichen Handels, der Industrie und des Handwerks; 8. Einführung verpflichtender Schiedsausschüsse zur Beseitigung der Ausstände; 9. weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden, Kreise und Wojewodschaften; 10. Organisierung der Armee und Einführung einer vor dem Sejm verantwortlichen militärischen Oberbehörde; 11. in der auswärtigen Politik energischen Schutz der Rechte Polens auf Oberschlesien und aufs Wilnaer Gebiet sowie Abschluß eines Bündnisses vor allem mit Frankreich. 12. Die Versammlung fordert Schutz und Unterstützung der Religion und der katholischen Kirche. Die Entschließung sagt, daß die gegenwärtige Regierung, die nur eine Partei repräsentiert, ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist.

† **Ernennungen auswärtiger Vertreter.** Der Staatspräsident ernannte mit Beschluß vom 1. d. Mts. den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Titus Filipowicz zum Geschäftsträger der Republik Polen bei der Russ.-Soz.-Föd.-Räterepublik in Moskau. Von seinem Posten als Legationsrat bei der polnischen Gesandtschaft in Paris wurde er abberufen.

Mit Beschluß vom 1. Juli wurde Dr. Zygmunt Lasocki von seinem Posten als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der Republik Polen bei der Regierung der Tschechoslowakei abberufen und auf seinen Posten der ehemalige Vizeminister im Außenministerium Erasmus Piltz gestellt.

† **Polen und interparlamentarische Union.** Wie „Narod" meldet, entstand im gesetzgebenden Sejm zur Vertretung Polens in der interparlamentarischen Union eine polnische Gruppe, welche sich aus Anhängern der verschiedenen Parteien zusammensetzt. Die nächste Konferenz der Union wird vom 16. bis 19. August in Stockholm stattfinden.

# Deutsches Reich.

** **Frankreich fordert Kriegstrophäen.** Der „Temps" meldet: General Nollet verlangt in einem neuen Schritt bei der deutschen Regierung die Auslieferung von weiteren 31 Kriegstrophäen aus den Jahren 1870/71 und 1813/14, die sich in öffentlichen Museen und Sammlungen Deutschlands außerhalb Berlins befinden. Der General erhielt davon Kenntnis durch freiwillige Anzeige von Deutschen. (!!)

** **Noch einmal Auslieferung der Kriegsschuldigen.** Briand benachrichtigte den französischen Ministerrat, daß die französische Regierung mit der Führung der Prozesse in Leipzig gegen die Kriegsverbrecher nicht zufrieden ist. Die Frage der Auslieferung der Kriegsschuldigen wird noch durch die Alliierten untersucht werden.

** **Der Reichshaushaltsplan.** Für das Rechnungsjahr 1921 schließt der gesamte Reichshaushaltsplan im ordentlichen Etat mit 48 459 Millionen Mark in Einnahme und Ausgabe. Es fehlen an ordentlichen Einnahmen 4250 Millionen Mark zur Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben. 49 180 Millionen Mark sind im außerordentlichen Haushalt ungedeckt und durch Anleihen zu beschaffen. Unter den außerordentlichen Einnahmen von 10,5 Milliarden Mark befindet sich ein Betrag von 7,8 Milliarden Mark aus dem Reichsnotopfer, der zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Etats mit herangezogen werden soll. Aus dem Reichsnotopfer wird für das Rechnungsjahr 1921 eine Einnahme von insgesamt 10 Milliarden Mark erwartet. Für die Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung sind die Fehlbeträge für 1921 veranschlagt mit 4515 Millionen Mark. Die Ausführung des Ultimatums in haushaltsrechtlicher Beziehung ist im Haushalt für 1921 noch nicht zum Ausdruck gekommen, sie wird einem besonderen Nachtragshaushalt vorbehalten bleiben.

# Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 5. Juli.

### Die Posener Messe.

Die Leitung der Posener Messe ist gegenwärtig mit der Liquidierung beschäftigt, die wahrscheinlich bis Ende Juli dauern wird. Die Einnahmen der letzten Messe dürften mindestens 3 Millionen Mark betragen. Gleich nach Beendigung der Liquidation wird die Leitung an die Vorbereitung einer zweiten Posener Messe herantreten, die im Frühjahr nächsten Jahres stattfinden soll. Die berechtigten Wünsche der Aussteller sollen berücksichtigt und die Messe auf einem Gelände untergebracht werden. Auf diesem soll ein großer Pavillon errichtet werden. Es ist noch nicht entschieden, ob dieser auf Kosten der Leitung oder unter finanzieller Beteiligung der Aussteller errichtet werden soll.

### Nun wieder die Kohlen!

Nachdem im Monat Juni die Kohlenmarken überhaupt nicht beliefert worden sind, hat der Magistrat mit Geltung vom 1. d. Mts. ab den Preis für den Zentner Steinkohlen frei Haus auf 445 M. (und zwar 420 M. für die Kohlen, 25 M. für die Anfuhr) festgesetzt. Die Maikohlen wurden einschl. der Anfuhr mit 200 M. für den Zentner berechnet. Die weit über 100prozentige Erhöhung der Kohlenpreise wird naturgemäß eine Steigerung der Preise für Gas und elektrisches Licht im Gefolge haben. Das wird wieder eine Steigerung der Arbeiterlöhne, Beamtengehälter usw. bedingen. Und so gehen die Preissteigerungen fort mit Grazie ins Unendliche!

### Gutstöchterkonferenz.

Uns wird geschrieben:

Der Evangelische Verein für Landmission hatte gemeinsam mit dem Evangelischen Verband für die weibliche Jugend vom 13. bis 20. Juni die zweite Gutstöchterkonferenz nach Dziembowo einberufen. Jetzt, wo die Versorgung der evangelischen Gemeinden immer schwieriger wird, die Geistlichen ausgedehntere Landgemeinden zu verwalten haben und den Anforderungen jedes einzelnen Dorfes nicht mehr gerecht werden können, wo aber doch die Aufgaben immer größer und schwerer werden, müssen Laienkräfte gefunden werden, die die dringend notwendige Gemeindearbeit tun. Der Evangelische Verein für Landmission hat schon seit mehreren Jahren die Dorfkirchenältesten zu Konferenzen gesammelt, damit sie in den Gemeinden in Abwesenheit oder Unterstützung des Geistlichen seelsorgerlichen Hilfsdienst tun und ihm, wo es möglich ist, auch sonst zur Hand gehen. Es müssen aber auch weibliche Hilfskräfte herangebildet werden, die sich der Kinder annehmen, die der weiblichen Jugend auf den Dörfern Führerinnen werden. Dazu sind die Gutstöchter berufen. Hier ist eine, die Sonntag für Sonntag ihre Nachbarn, die ganze Gemeinde zusammenruft, dort hat sich eine der verwaisten Schule angenommen, oder sie sammelt am Sonntag die Kinder zum Kindergottesdienst. Seien es die Kranken der Gemeinde, seien es die Konfirmanden, die beim Pfarrer keinen Unterricht haben können, die Arbeit wartet auf sie.

18 Gutstöchter und einige andere für Gemeindearbeit interessierte Frauen und Mädchen waren in Dziembowo zusammengekommen. Wir Teilnehmerinnen sollten erst einmal in die Tiefe geführt werden, um dann einige praktische Anleitung für Gemeindearbeit (wegen Kürze der Zeit konnten die einzelnen Gebiete nur berührt werden) zu bekommen. Die Leitung der Konferenz lag in Händen des Herrn Generalsuperintendenten D. Blau, der uns ein Lebens- und Charakterbild von Petrus entwarf, uns in den 1. Petribrief einführte und Jesu Weltanschauung zeigte. Pastor Lic. Schneider-Posen ließ uns im Propheten Jeremias arbeiten. Pastor Fischer-Langenolingen zeichnete Luthers Persönlichkeit in ihren für jugendliche Gemüter bedeutsamen Zeichen und sprach zu uns von der Seelsorge auf dem Lande und führte uns ganz in die Tiefe. Wenn wir Leute vom Lande uns doch in

die Eigenart der Landseele hineinversetzen wollten und nicht immer nach dem Kulturüberfluß der Stadt strebten, der so gar nicht zu uns paßt, und der unsere Seele mit etwas Fremdem umgibt, mit dem sie nicht fertig werden kann. Wir Leute vom Lande müssen, um unsere Seele gesund zu erhalten, ihre Wurzeln tief in die Ureigentümlichkeit des Landes hineinversenken. Wir Teilnehmerinnen spürten, daß wir einen ganz besonderen Reichtum an unserem Heimatdorf haben, mit dem wir so verwachsen sind. „Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft." Wir hörten von der Geschichte der evangelischen Kirche unserer Heimat, von der Entwicklung des deutschen Volkstumsgedankens, und wir gewannen einen Einblick in zwei Gebiete der Inneren Mission: den Evangelischen Erziehungsverein und die Krüppelfürsorge. Wir wurden in die Arbeit an der weiblichen Jugend eingeführt, und uns wurde gezeigt, wie man mit offenen Augen wandert. Wir waren dankbar, wieder einmal richtig arbeiten zu können, aber doch froh, als an einem Nachmittag die Stunden ausfielen. In den Freistunden ging es in den Wald oder zu den Fohlen, oder man übte Spiele und Volksreigen. Es kam viel Frohsinn zutage, der sich oft genug in Sang und Klang vernehmen ließ. Und dann kam der Sonntag, der Höhepunkt, mit dem Gemeindegottesdienst in der festlich geschmückten Dorfkirche, der auf den Grundton „Freude" gestimmt war. Das Volksfest am Nachmittag verregnete leider, die Gutstöchter machten in Eile eine Scheune bereit, wo sich nun Rotkäppchen, Schneewittchen, Dornröschen, abspielte. Nur Dornröschens Erwachen und der Anfang der Königshochzeit konnten auf der Wiese gefeiert werden, dann trieb uns der Regen wieder in die Scheune. Und es war trotz des Regens schön! Am Abend sprachen wir noch einmal von dem, was uns die Konferenz gegeben hatte und von dem Dienst, der daheim auf uns wartet. Und am Montag bekamen wir in dem Kinderkrüppelheim Wolfshagen einen tiefen Eindruck vom freudigen Dienen. Jemand sagte das Wort: „Wer Frohsinn sehen will, muß in das Krüppelheim kommen." Und das stimmt. Die Schulschwester hielt eine Probelektion, und wir Gutstöchter staunten über die Antworten der Kinder. Da war nichts Schulmäßiges, alles wurde von ihnen miterlebt.

Und nun sind wir wieder im Lande zerstreut. Mit dem festen Vorsatz zu arbeiten, sind wir in unsere Heimatdörfer zurückgekehrt. Wir freuen uns auf die nächste Konferenz, für die sicher der Raum mangelt, denn unsere Zahl ist diesmal schon von 7 auf 21 gestiegen.

---

# **Wichtig für Briefmarkensammler!** Die Danziger Postwertzeichen der ersten Ausgabe, das sind deutsche Germania-Marken mit dem geraden schwarzen Aufdruck Danzig, werden mit Ablauf des 31. Juli aus dem Verkehr zurückgezogen und dürfen vom 1. August ab zum Freimachen von Sendungen nicht mehr benutzt werden. Die in den Händen des Publikums befindlichen Marken werden in der Zeit vom 1. bis 15. August an den Postschaltern gegen im Kurs befindliche Postwertzeichen — nicht gegen bar — eingetauscht. Ferner besteht die Absicht, auch die Erinnerungsmarken in absehbarer Zeit aus dem Verkehr zu ziehen.

# **Vom Palasttheater (Kino).** Das Palasttheater auf dem Plac Wolności 6 ist wegen Renovierung geschlossen. Die Vorführung der Palasttheaterfilme findet im „Kino Colosseum", Św. Marcin 65, statt.

# **Bei der Posener Getreidebörse erfolgten am 4. Juli 1921 keine Notierungen.**

# **Schonung des Wildbestandes.** Mit Rücksicht auf die katastrophale Verringerung des Wildstandes wird aus Jagdkreisen angeregt, auf dem Gesetzeswege Verschärfungen in den Bestimmungen über Schonung des Wildes, Waffenpässe, Wilddiebe usw. einzuführen.

✗ **Verirrtes Kind.** Gestern mittag entfernte sich aus der ul. Niegolewskich 10 (früher Augustastr.) das noch nicht 3 Jahre alte Kind Barbara Friedländer. Das Mädchen hat dunkles Haar, rundes Gesicht; es war bekleidet mit rotem Kleidchen, blauer Schürze mit weißen Punkten, rosafarbenen Strümpfen und roten Schuhen.

+ **Geschäftsverkauf.** Die Bettfedernhandlung von Matzdorff u. Zerkowski, ul. Wroniecka 24 (früher Wronkerstr.) hat Władysław Zak käuflich erworben.

✗ **Beschlagnahmte Diebesbeute.** In dem Amtszimmer des 4. Polizeireviers in der ul. Kreta (früher Kohleisstraße) lagert eine goldene Damenuhr und eine Golfjacke, die vermutlich aus einem Diebstahl herrühren. Der Eigentümer kann sich an der angegebenen Stelle melden.

✗ **Gestohlen** wurden einem Herrn in einer Gastwirtschaft eine schwarze Herrenuhr mit 2 Deckeln und dem eingravierten Namen M. Pöhlmann, bares Geld und Ausweispapiere im Gesamtwert von 12 000 M.

* **Lissa,** 1. Juli. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde Punkt 1 der Tagesordnung: Angelegenheiten der Staatspolizei vom Magistrat zurückgezogen, da bis jetzt jede Antwort vom Wojewoden in dieser Angelegenheit fehlt. Über den zweiten Punkt der Tagesordnung entspann sich eine lebhafte Debatte, nachdem Bürgermeister Dombek auf die Notwendigkeit der schnellen Beseitigung der großen Wohnungsnot hingewiesen und die Mitteilung gemacht hat, daß sich die Landbank Lissa mit zwei Millionen Mark und die Firma Erich Dieterle mit einer Million Mark zinsfrei an der etwa zu gründenden Baugenossenschaft beteiligen würden. Alle Redner waren für die Beteiligung der Stadt an der Baugenossenschaft; die Höhe des Anteils wird in einer späteren Versammlung festgesetzt werden. Die Schlachthausgebühren wurden einstweilen in der alten Höhe belassen. Im übrigen wurde der Schlachthausvoranschlag angenommen. Die Lebensmittelversorgung für das kommende Wirtschaftsjahr verursacht unseren Stadtvertretern erhebliche Kopfschmerzen. Aus diesem Grunde wurde schon am Nachmittag eine Kommissionssitzung mit den Großgrundbesitzern des Kreises abgehalten, in der diese sich fast alle bereit erklärten, Brotgetreide und Kartoffeln zu erträglichen Preisen für die Bewohner der Stadt zu liefern, und zwar entsprechend der angebauten Morgenzahl. Aus der Versammlung wurde der Antrag gestellt, ein Protest-Telegramm an den Sejm zu senden, worin gegen die Einführung des freien Handels protestiert wird. Dieser Antrag wurde angenommen. Zum Schluß wurde vom Magistrat ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, einen Kredit bis zu zwei Millionen Mark für die städtische Gasanstalt und das Wasserwerk zu bewilligen. Nach langer, lebhafter Debatte wurde auch dieser Antrag angenommen und der Kredit bewilligt. Kurz vor 12 Uhr erreichte die Sitzung ihr Ende.

* **Samter,** 4. Juli. Oberamtmann Hartmann hat am Sonntag früh mit seiner Familie Samter Schloß verlassen, um nach Deutschland überzusiedeln. Vorher wurde ihm vom Pastor Weidemann eine von über 300 Personen unterschriebene Adresse überreicht, die seine freundliche und wohltuende Tätigkeit würdigte. Der Oberamtmann war sichtlich über diese Aufmerksamkeit und Dankbarkeit erfreut und gab diesem Ausdruck.

* **Samter,** 3. Juli. Die „Samt. Ztg." berichtet: Die Nathansche Ölmühle nebst Mahlmühle ist an ein Posener Konsortium, das die Bank Spółek Zarobkowych finanziert, verkauft worden. Die Übergabe erfolgte am 1. Juli. Die neue Aktiengesellschaft arbeitet mit einem Kapital von 32 Millionen Mark. — Seit einigen Tagen macht sich in unserer Kreisstadt ein auffallender Zustrom von Bewohnern aus dem benachbarten Kreise Czarnikau bemerkbar, welche die teure Bahnfahrt nicht scheuen, um sich Lebensbedürfnisse hier einzukaufen. Diese Lebensbedürfnisse sind jedenfalls in anderen, besonders in den Grenzkreisen, noch knapper als hier. Die Polizei hat gestern eine Reihe dieser „Kunden" von der Rückreise zurückgehalten.

* **Czarnikau,** 3. Juli. Durch übermäßigen Genuß von Essig-Essenz fand das Dienstmädchen Marianna Czarnecka aus dem benachbarten Dębe dieser Tage den Tod.

* **Culmsee,** 4. Juli. Die Kleinbahn Culmsee—Melno gibt bekannt, daß sie aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen ist, den Betrieb ab 1. Juli d. Js. bis auf weiteres einzustellen.

---

**Aus Ostdeutschland.**

* **Hirschberg i. Schles.,** 4. Juli. Eine in Rohrlach weilende Baronin, die an Schwermut litt, verübte dadurch Selbstmord, daß sie sich von dem hohen Felsen des zu den Falkenbergen gehörenden Forstberges abstürzte. Erst nach tagelangem Suchen wurde ihre zerschmetterte Leiche gefunden.

# Handel, Gewerbe und Verkehr.

## Berliner Börsenbericht

vom 4. Juli.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Diskonto-Komm.-Anteile | 284.75 | 3½ % Pos. Pfandbriefe | 14.20 |
| Orenstein u. Koppel | 584.25 | Auszahlung Warschau | 3.80 |
| Hartmann Maschinen | 535.— | Polnische Noten | 4.— |
| Phönix | 779.75 | Kriesnoten | —.— |
| Caro | 283— | Dollar | 75.— |
| Otavi | 455.— | Englische Pfund | 279.50 |
| Scheidemandel | —.— | Gulden | 2457.50 |
| 3½% Poln. Pfandbriefe | 14.— | Schweizer Franken | 1260.— |
| 4% Pos. Pfandbriefe | 16.— | | |

## Kurse der Posener Börse.

| Offizielle Kurse: | 5. Juli | 4. Juli |
|---|---|---|
| 4% Posener Pfandbriefe (alte) | —,— | —,— |
| 3% „ „ Buchst. A u. B | —,— | —,— |
| 3½% „ „ ohne Buchst. | 250 + N | 250 + N |
| 3½% „ „ Buchst. C | 250 + N | 250 + N |
| 4% „ „ Buchst. D u. E | 290 + N | 290 + N |
| 4% „ „ (neue) | 290 + N | 290 + N |
| 4% „ (neue) mit poln. Stempel | —,— | 150 + A |
| 4% Pos. Pfandbriefe | —,— | —,— |
| 4% Pos. Provinzialobligationen | —,— | —,— |
| 3½% Posener Prov.-Pfandbriefe | —,— | —,— |
| 5½% Obl. Cegielski | —,— | —,— |
| 6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk. | —,— | —,— |
| Bank Związku I—VII em. (ungest.) | —,— | —,— |
| Bank Związku VIII em. (ungest.) | —,— | —,— |
| Bank Związku IX em. (ungest.) | —,— | 250 + A |
| Bank Handlowy, Poznań I—VII*) | 335 + N | 335 + N |
| „ „ „ VIII*) | 335 + N | 335 + N |
| Bank Handlowy, Warszawa | —,— | —,— |
| Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV | 320 + | —,— |
| Kwilecki, Potocki i Ska. | —,— | —,— |
| Bank Ziemian | 650 + | —,— |
| Bank Ziemski | —,— | —,— |
| R. Barcikowski I—IV em. | 225 + N | 225 + N |
| R. Barcikowski V em. | 190 + | —,— |
| Centrala Skór | 650 + | 640 + |
| Luban | —,— | —,— |
| Dr. Roman May | 580 + N | 578 + N |
| Patria | 380 + | 370 + |
| Pozn. Spółka Drzewna | —,— | 1500 + |
| C. Hartwig I—III em. | —,— | —,— |
| C. Hartwig IV em. (ohne Kupon) | —,— | —,— |
| Cegielski I—VI em. | 280 + | 270 + N |
| Cegielski VII em. | 280 + | 270 + N |
| Hurtownia Związkowa | —,— | —,— |
| Włókno | —,— | —,— |
| **Inoffizielle Kurse:** | | |
| 4½% poln. Pfandbriefe | —,— | —,— |
| 4½% poln. Pfandbriefe (abgest.) | —,— | 250 + |
| Bank Centralny I—III | —,— | —,— |
| Bank Poznański I. Em. | —,— | —,— |
| Bank Przemysłowców | 290—285 + N | 290—285 + N |
| Pozn. Bank Ziemian (exkl. Kupon) | —,— | —,— |
| Polski Bank Komisowy II. Em. | —,— | —,— |
| Bank Zjednoczenia | —,— | —,— |
| Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr) | —,— | —,— |
| Centr. Brin. | —,— | —,— |
| Wytwornia Chemiczna | 260 + N | 260 + A |
| Iri | 170 + | —,— |
| Drzewo Wronki | 235 + N | 225 + N |
| Wisła | —,— | —,— |
| Arcona | —,— | —,— |
| Brzeski Auto (exkl. Kupon) | —,— | —,— |
| Wagon Ostrowo | 160 + A | 165 + A |
| Wytwornia Maszyn Młyńskich | 500 + N | —,— |
| Herzfeld Viktorius | 365 + | 360 + N |
| Bentzki | 395 + A | 395—396 + N |
| Orient | 195—200 + | 195—198 + |
| Sarmatia | 425—430 + | 425—430 + A |
| Bławat | 290 + A | 290 + |
| Dom Konfekcyjny | —,— | —,— |
| Tkanina | —,— | 350 + N |
| Centrala Rolników | —,— | —,— |
| Papiernia Bydgoszcz | 240—245 + A | 235 + N |
| Trie | 200 + N | —,— |
| Hurtownia Skór | 360 + | 370 + A |
| Sierakowskie Kopalnie Węgla | —,— | —,— |
| Kabel | 180 + A | —,— |
| Lloyd Wielkopolski | —,— | —,— |
| Złącz. Cegieln. Aug. Grab. | —,— | —,— |
| Pneumatik | 160—170 + N | 160 + N |

*) exklusive Kupon.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: i. V. Dr. Fran Buchta; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Unser langjähriges Vorstandsmitglied

**Herr Gustav Goldschmidt**

ist im hochbetagten Alter verschieden.

Durch sein vieljähriges Wirken in der Verwaltung unseres Vereins hat sich der Verewigte um die Wohlfahrt desselben hervorragende Verdienste erworben.

Durch sein bescheidenes und doch vornehmes Wesen, durch die Lauterkeit seines Charakters und durch reiche Betätigung wahrer, echter Nächstenliebe hat er sich die Achtung und Ehrerbietung aller, die ihn kannten, zu erwerben verstanden. [1881

Uns, seinen Vorstandskollegen, wird sein Andenken unvergeßlich bleiben.

**Der Vorstand des Vereins Anschei-Chessed.**

## Wegenersches Lyzeum mit Frauenschule.

**Anmeldungen** für das neue Schuljahr täglich von 12—1 Uhr im Amtszimmer des eigenen Hauses Wały Jagiełły 1/2. Es werden Schülerinnen für alle zehn Klassen des Lyzeums (Unterstufe auch Knaben) aufgenommen und für alle Kurse der Frauenschule: Seminarkursus für Lehrerinnen, für Hauswirtschaft und für das Handelsfach.

1338] **M. Wegener**, Direktorin.

### Zuckermarken.

Die Zuckermarken für den privaten Hausverbrauch gelten auf 2 Monate und zwar für Juli und August. Der Zucker für diese Marken ist spätestens bis zum 6. August in Empfang zu nehmen. Den Verteilungsstellen ist die Abstempelung der Zuckermarken bei ihrer Verteilung nur mit ausdrücklichem Einverständnis der Verbraucher gestattet.

Die Zuckermarken zu Gewerbezwecken sind in der Zeit vom 10.—31. Juli in unserem Bureau X, Zimmer 11, im Stadthaus zwischen 8—12 Uhr in Empfang zu nehmen.

Poznań, den 27. Juni 1921.

**Magistrat der Stadt Poznań.**
(—) Drwęski.

### Verteilung von Malzkaffee.

Auf den Abschnitt 24 der Lebensmittelkarte können pro Person je 200 Gramm Malzkaffee zum Preise von 7,60 Mk. für 200 Gramm entnommen werden.

Die Konsumenten wollen die Abschnitte bei ihren Händlern bis Freitag, den 8. Juli einschließlich abgeben.

Die Kleinhändler haben die gesammelten Abschnitte wie folgt: die Händler aus der Altstadt am Sonnabend, dem 9. Juli, die Händler aus Jeżyce und Solacz am Montag, dem 11. Juli, die Händler aus Wilda am Dienstag, dem 12. Juli, die Händler aus Św. Lazarz am Mittwoch, dem 13. Juli bei der Firma Woyniewicz, Nowy Rynek 13, und die Mitglieder der Spółka Handlowa bei dieser Firma, ul. Piaskowa, abzugeben, worauf sie alsdann die ihnen zuständige Menge an Malzkaffee für Barbezahlung zur Verteilung an ihre Kundschaft empfangen.

Sollte die Ablieferung der Abschnitte nicht innerhalb der gesetzten Frist stattgefunden haben, so werden sowohl die Konsumenten, als auch die Händler ihrer sämtlichen sich hieraus ergebenden Ansprüche verlustig.

Die Firma Woyniewicz und Spółka Handlowa haben dem Obwodowy Urząd Żywnościowy abzurechnen.

Poznań, den 1. Juli 1921.

**Magistrat der Stadt Poznań.**
(—) Drwęski.

### Petroleum.

Auf Abschnitt 9 der Petroleumkarte können 2 Liter Petroleum zum Preise von 35 Mark pro Liter entnommen werden.

Poznań, den 28. Juni 1921.

**Magistrat der Stadt Poznań.**
(—) Drwęski.

### Erhöhung der Höchstpreise für Kohlen u. Hüttenkoks.

Auf Grund der Bekanntmachung des Urząd Węglowy b. dzieln. pruskiej in Poznań werden in der Stadt Poznań vom 1. Juli d. J. nachstehende Höchstpreise für Steinkohlen und Hüttenkoks ab Lager des Händlers, sowohl für Kleingewerbetreibende, als auch für Hausbrand auf Kohlenmarken, festgesetzt:

Stück-, Würfel-, Nuß-Kohlen I u. II — 420 M. für den Ztr. (50 kg),
Klein-Nuß III, Erbs- und Gries-Kohlen — 280 M. für den Ztr. (50 kg),
Hüttenkoks — 590 M. für den Ztr. (50 kg).

Für die Anfuhr frei Haus können die Händler 25,— M. für den Ztr. ohne Rücksicht auf die zu liefernde Menge berechnen. Koks und Kohlen, die den Händlern zu den bisher geltenden Preisen zugeteilt wurden, dürfen nur zu den durch frühere Bekanntmachungen festgesetzten Preisen verkauft werden. Zuwiderhandlungen werden mit Schließung des Geschäfts bestraft.

Poznań, den 28. Juni 1921.

**Magistrat.**

## Cukrownia Kościańska (Zuckerfabrik Koscian).

Die diesjährige **ordentliche Generalversammlung** der Aktionäre unserer Aktiengesellschaft findet [3697

**am Dienstag, dem 16. August 1921, vormittags 11 Uhr,**

in der Zuckerfabrik Koscian statt.

**Tagesordnung:**

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht der Revisionskommission.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des erzielten Reingewinns.
4. Neu- bzw. Wiederwahl von 1 Mitglied des Aufsichtsrats (§§ 11. 13 des Statuts).

Meinen verehrten Geschäftsfreunden bringe ich hiermit zur Kenntnis, daß ich in **Danzig, Heilige-Geistgasse 97**, ein

## Holzkommissionsgeschäft

eröffnet habe.

Ich **kaufe jeden Posten Brennholz, Bauholz, Telegraphenstangen, Grubenholz, Schnittmaterial, übernehme Ausbeutung ganzer Waldobjekte.** Auszahlung kann auch in Danzig erfolgen. Ausfuhr- und Einfuhrgenehmigung werden prompt besorgt.

## A. Jeske,

**Poznań, ul. Małeckiego 34.**

Angebote aus Polen bitte an letztere Adresse zu richten.

Dem verehrten Publikum zur gefälligen Kenntnis, dass das

**Teatr Pałacowy**
**plac Wolności 6**

**wegen Renovierung** einige Wochen **geschlossen** bleibt. — Die Vorführung der vertraglich für obiges Theater abgeschlossenen Filme erfolgt im

## „Kino Colosseum"

**Św. Marcin 65.**

**Heute neues Programm.**

## Künstlerlaunen

Drama in 6 Akten. [1880

**Die Direktion.**

# Lokomobilriemen

## aus pa. Kamelhaar

beste Friedensware, 150 mm breit, ca. 28 m lang, offeriert in größeren Mengen vom Lager, ebenfalls **Lederriemen, Näh- und Binderiemen, Pumpenmanschetten und verschiedene Packungen für Dampfmaschinen**

## Z. Mazurkiewicz

(Gegründet im Jahre 1878)

**Poznań, Kantaka 8.**




## Direction der Disconto-Gesellschaft Berlin.

Unsere Kommanditisten werden hierdurch auf **Montag, den 18. Juli 1921, nachm. 4 Uhr,** zu der diesjährigen **ordentlichen Generalversammlung** nach unserem **hiesigen Geschäftshause**, Behrenstr. 42 II, eingeladen.

Verhandlungsgegenstände:

1. Vorlage der Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie der Berichte der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1920. Beschlussfassung über die Genehmigung der Bilanz, die Gewinnverteilung und über die der Verwaltung zu erteilende Entlastung.
2. Erhöhung des Kommanditkapitals um 90 000 000 Mark auf 400 000 000 Mark; Festsetzung der Ausgabebedingungen.
3. Abänderung der Satzung:
   Art. 3 (Wegfall der zeitlichen Begrenzung der Dauer der Gesellschaft); Art. 5 (entsprechend den Beschlüssen zu 2); Art. 13 (Zulässigkeit von Abmachungen des Aufsichtsrats betreffend Gewährung einer Ruhestands- und Hinterbliebenenversorgung an Geschäftsinhaber, Direktoren, Prokuristen und Angestellte); Art. 27 (Wegfall des letzten Absatzes); Art. 29 (Erhöhung der Tantieme des Aufsichtsrats und Feststellung des Rechts der Generalversammlung zu jederzeitiger Abänderung der Höhe der Tantieme durch einfachen Mehrheitsbeschluss); Art. 31 (Aenderung der Stimmberechtigung der Kommandit-Anteile und anderweite Regelung der gesetzlichen und auf Vollmachterteilung beruhenden Vertretung von Kommanditisten in der Generalversammlung); Art. 7, 36 und 40 (Fassungsänderungen).
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Kommanditist, zur Stimmenabgabe bei den zu fassenden Beschlüssen sind nur diejenigen Kommanditisten berechtigt, deren Anteile mindestens acht Tage vor Berufung der Generalversammlung im Aktienbuche der Gesellschaft auf ihren Namen eingetragen sind, und welche ihre Anteile — oder Depotscheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins — spätestens einen Tag vor der Generalversammlung entweder bei einem Notar oder

**bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, der Norddeutschen Bank in Hamburg oder dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln, oder bei einer Filiale oder Zweigstelle der vorgenannten Banken an anderen Plätzen,**

oder in **Augsburg** bei der **Bayerischen Disconto- u. Wechsel-Bank A.-G.,**
„ „ **Barmen** bei dem **Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.,**
„ „ **Breslau** bei dem Bankhause **E. Heimann,**
„ „ **Dresden** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Abteilung Dresden,**
bei dem Bankhause **Philipp Elimeyer,**
„ „ **Frankfurt a. M.** bei der **Deutschen Effecten- u. Wechsel-Bank,**
bei dem Bankhause **E. Ladenburg,**
„ „ **Hamburg** bei der **Vereinsbank in Hamburg,**
„ „ **Karlsruhe i. B.** bei der **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,**
bei dem Bankhause **Veit L. Homburger,**
bei dem Bankhause **Straus & Co.,**
„ „ **Köln** bei dem Bankhause **A. Levy,**
bei dem Bankhause **Sal. Oppenheim jr. & Cie.,**
„ „ **Leipzig** bei der **Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt** u. bei deren **Abteilung Becker & Co.,**
„ „ **Magdeburg** bei dem Bankhause **F. A. Neubauer,**
„ „ **Mannheim** bei der **Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,**
„ „ **Meiningen** bei der **Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp A.-G.,**
„ „ **München** bei der **Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank,**
bei der **Bayerischen Vereinsbank,**
„ „ **Nürnberg** bei der **Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G.,**
bei dem Bankhause **Anton Kohn**

gegen Bescheinigung bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegen.

Berlin, den 29. Juni 1921. [1863

**Direction der Disconto-Gesellschaft.**

**Die Geschäftsinhaber:**

Dr. Salomonsohn. Dr. Russell. Urbig.
Dr. Solmssen. Waller. Dr. Mosler. Schlieper.

**Flügel u. Pianinos** werd. fachm. gestimmt. **M. Warschewski, Wilda, Traugutta 8.** Ausgeb. u. geprüft im Kriegsblindenheim Ihrer Exzell. Frau v. Ihne durch Klavierstimmlehrer M. Hölting, Berlin. (1884

Familie mit 3 Kindern sucht ab Mitte Juli **Wald- oder Landaufenthalt** mit guter Verpflegung. Off. u. **„Wald 1873"** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Junges Mädchen sucht die Bekanntschaft eines netten Herrn zwecks **späterer Heirat.** Off. m. Bild u. **„Rose 1881"** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

**Großindustrielles Unternehmen**

in der Provinz Posen ist gegen ein gleiches oder gegen ein Gut in Deutschland zu vertauschen. Off. u. **1328** a. Annoncen-Exped. **C.-B.-B. „Expreß", Bydgoszcz, Jagiellońska 70.** (1773

**Tausch!**

Ein **Geschäftshaus** in der besten Lage der größten Städte Posens mit 2 Läden u. Restaurant m. Fremdenzimmer ist umständehalber sof. gegen ein gleichwertiges Grundstück in Deutschland zu vertauschen. Off. u. **K. R. 1834** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

**Wichtig f. Auswand. nach Deutschland.**

Tausche gegen eine Landwirtschaft, ein Gasthaus oder ein einstöckiges Wohnhaus in der Provinz oder Umgegend Poznańs gegen ein Zigarrengeschäft mit Wohnung, 4 Baustellen zu 429 qm, evtl. beim Bauen pro Parzelle 50000 M. Staatszuschuß, bei Berlin. Offerten unter **1874** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

**Evang. Vereinshaus.**

**Freitag, den 8. Juli 1921, abends 8 Uhr:**

**4. und letzt. HEITERER ABEND**

des auch hier gut bekannten Vortragskünstlers

**PAUL HILBIG-EDELHOF**

vom Residenztheat. Berlin, München, Hoftheat. Oldenburg. **Neue Schlagerauslese.**
Scherz, Satire, Ernst. Komik u. Parodie.
Kunterbuntes Durcheinander in Wort u. Musik.
Karten 80—20 Mk. in der Musikalienhandlung Górski (Bote u. Bock) und an d. Abendkasse.

Rittergut sucht zu kaufen

## Dampfpflug-Satz.

Fabr. Heucke bevorzugt. Offerten mit Preisangabe an **Annoncenbureau „PAR", Poznań,** Rycerska 8, unter Nr. 7076. [Par 405

## 1 Hobelmaschine oder Shaping, 1 Kaltsäge, 1 Säulenbohrmaschine,

bis 30 mm Loch bohrend, kaufen sofort [1868

**CENTRALA PŁUGÓW, T. z o. p., Poznań,**
ulica Piotra Wawrzyniaka 28/30. — Telefon 4152.

**Kaufen einen Dampf- oder Motorpflug.**

Genaue Off. u. **1867** an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Jeden Posten gute leere **Heringstonnen**

kauft zu höchsten Tagespreisen. [1883

**Curt Netzband, Poznań, ul. Wielka 13.**